

Beschlusskontrollen

BESCHLUSSKONTROLLE TERMINE

Beschlusnummer	TOP-Betreff	Initiator	Bearbeiter	Aufgabe	
DATUM		ORGAN TOP/SITZUNG/ART		REALISIERUNG	TERMIN
28.05.2026	Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2021; Zukünftige Gestaltung des Haushaltsplans	Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung 13.01.2022 Ö 9	Weichler, Sabine (Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen)	Die Verwaltung wird im Hinblick auf künftige Haushaltsplanaufstellungen beauftragt, a) die Einführung eines digitalen und interaktiven Haushalts zu prüfen (siehe Anlage - Beispiel der Stadt Hattingen). b) die NKF-Kennzahlen (Steuerquote in %, Zuwendungsquote in %, Aufwandsdeckungsgrad in %, Personalintensität in % etc.) werden in der Planung berücksichtigt. c) die Einführung von Leistungskennzahlen für Produkte - nur dort wo es sinnvoll und angebracht ist - unter strategischer Einbindung zu prüfen und voranzutreiben. d) Aufwendungen und Erträge werden deutlicher gegenüber den internen Leistungsverrechnungen herausgestellt. Die konkrete Ausgestaltung künftiger Haushaltspläne wird vom Ausschuss für Beteiligungen, Verwaltungsmodernisierung und Finanzentwicklung begleitet. Zu Punkt a): Die Einführungsphase ist abgeschlossen. Es stehen die Haushaltspläne 2023 und 2024/2025 sowie die Zahlen des Jahresabschlusses 2021 und der Entwürfe der Jahresabschlüsse 2022 und 2023 als interaktive Online-Versionen zur Verfügung. Geplant ist, zukünftige Jahresabschlussberichte sowie den Vorbericht zum Haushalt direkt in IKVS zu	31.12.2022

generieren. Für den Jahresabschluss des Jahres 2024 werden erstmals der Anhang und der Lagebericht direkt aus IKVS erstellt. Weitere Funktionalitäten (bspw. Interaktives unterjähriges Berichtswesen) befinden sich im Aufbau.

Zu Punkt c):

§ 4 KomHVO NRW enthält nach wie vor die Vorgabe, dass Ziele und Kennzahlen in allen Produkten beschrieben werden sollen. Seit über fünf Jahren ist eine Überarbeitung dieser Vorschrift angekündigt. Gegenstand der im Zuge des 3. NKF-WG von Anfang 2024 angekündigten und am 09.07.2025 verabschiedeten Änderungen kommunalrechtlicher Vorschriften war § 4 KomHVO nicht.

Unabhängig davon wird im Rahmen des Projektes "Prozesskette Nachhaltigkeit NRW" mit Unterstützung der LAG 21NRW ein kommunaler Nachhaltigkeitshaushalt entwickelt (vgl. Vorlage 184/2025). Im Rahmen dieses Projektes sind von allen Fachdiensten der Stadt Lüdenscheid in drei Workshop-Phasen in dem Zeitraum vom 01.01.2025 bis 30.06.2026 strategische und operative Ziele sowie Kennzahlen entwickelt worden. Nach Reflexion der finalen Ergebnisse in den Fachdiensten und einem Beschluss des Verwaltungsvorstandes hierüber ist vorgesehen, die Politik durch Beschlussfassung über die entwickelten Ziele und Kennzahlen im ersten Halbjahr 2027 in den Fachausschüssen sowie im Rat einzubinden, damit die Ziele und Kennzahlen im Haushalt für 2028 mit integriert werden können.

Die Punkte b) und d) sind erledigt, vgl. die Berichterstattungen in den BFV-Sitzungen am 23.11.2022 bzw. 23.03.2023.

28.05.2026	Bericht zur haushaltswirtschaftlichen Lage	Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung 25.05.2023 Ö 7	Weichler, Sabine (Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen)	Ausgehend vom Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 24.05.2023 wird die Einführung einer Verpackungssteuer verwaltungsseitig geprüft. Eine mündliche Bekanntgabe erfolgte zuletzt in der Sitzung am 29.01.2026. Der HFA hat am 23.06.2025 den Beschluss gefasst, dass von der schnellen Einführung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck derzeit abgesehen wird. Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, die weitere Entwicklung zum Thema Verpackungssteuer in NRW weiter zu beobachten. Nach der Genehmigung der Einführung der Verpackungssteuer durch das Land NRW bzw. alternativ nach Novellierung der bundesgesetzlichen Regelungen zur Verpackungsvermeidung bzw. zum Mehrweggebot soll die Diskussion zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf Basis der dann vorliegenden Erkenntnisse von der Verwaltung aufgegriffen werden.	31.12.2024
28.05.2026	Anfrage des RH Kruber; Vorstellung der Plattform RegioKonnex	Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung 06.06.2024 Ö 10.3.1	Weichler, Sabine (Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen)	RH Kruber regt die Einladung der auf Wirtschaftsförderung ausgerichteten Plattform RegioKonnex zwecks Vorstellung in den BFV an. Mit RegioKonnex wurde bereits Kontakt aufgenommen. Es wurde Bereitschaft signalisiert, in einer Sitzung im zweiten Halbjahr 2026 das Unternehmen vorzustellen.	30.06.2025
28.05.2026	Sachkunde und	Ausschuss für	Weichler, Sabine	Zur Erfüllung der Anforderungen des § 113	31.12.2026

	Fortbildung von Gremienmitgliedern gem. § 113 Abs. 6 GO NRW	Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung 23.03.2023 Ö 6 Beschlussvorlage ■ 041/2023	(Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen)	Abs. 6 GO NRW sollen eine Abfrage des Fortbildungsbedarfs der aktuellen Gremienbesetzung und die Abstimmung des Verfahrens für die nächste Wahlperiode unter Einbezug der aus der laufenden Periode gewonnenen Erfahrungen erfolgen. Die Schulungen zur Erfüllung der Anforderungen des § 113 Abs. 6 GO NRW (=Sachkunde) wurden erstmals im November 2025 nach der Neubesetzung der Gremien in den städtischen Beteiligungsunternehmen von einem externen Anbieter durchgeführt. Zudem erfolgte von einigen Gremienmitgliedern, die an der November Schulung nicht teilgenommen haben, in den letzten Monaten eine Teilnahme an angebotenen Onlineseminaren zum Thema „Sachkunde“ dieses Anbieters. Die Gelegenheit zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen soll nach der Regelung in der GO NRW regelmäßig von der Stadt Lüdenscheid gegeben werden. Zudem besteht bei Bedarf, z.B. Wechsel in der Gremienbesetzung, die Möglichkeit, an zukünftigen Seminaren des Anbieters online teilzunehmen.	
01.06.2026	Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2021; Abholstation für Dokumente im Bürgeramt	Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung 10.06.2021 Ö 12	Frenz, Stefan (Fachdienst Bürgeramt)	Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten, die Rahmenbedingungen und einen Standort für die Aufstellung einer Abholstation für Dokumente im Rathaus zu ermitteln. Analog zum Service der Stadt Hagen soll der Automat die Abholung von Personaldokumenten außerhalb der Öffnungszeiten des Bürgeramtes ermöglichen. Der damalige Prüfauftrag wird neu	31.12.2026

aufgegriffen.

Wie mehrfach in der Berichts- und Beschlusskontrolle gegenüber dem BFV ausgeführt, wurde der Erfolg des seit Mitte 2025 buchbaren Service der Direktzustellung durch die Bundesdruckerei abgewartet und ausgewertet, um dieses Ergebnis in die Entscheidung über den Betrieb der Abholstation mit einfließen zu lassen. Dazu werden Ausführungen in dem Bericht 178/2026 (Jahresbericht Bürgeramt 2025, ACI am 25.06. und HAA am 06.07.2026) getätigt.

Im Ergebnis kann das Angebot der Bundesdruckerei für Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheid als uninteressant bewertet werden. Somit wird der Prüfauftrag aus dem damaligen BFV neu aufgegriffen und mit einer zeitgemäßen Analyse bewertet.

Die Verwaltung wird über den Fortschritt der Planung berichten.
